



Industrie- und Handelskammer  
Halle-Dessau

## **Sitzung der Vollversammlung am 20. März 2024**

### **TOP 2 - Bericht des Präsidenten**

Meine Damen und Herren,

ich hatte bereits im Dezember letzten Jahres – in dem Glauben, dass dies mein letzter Bericht vor der IHK-Vollversammlung sein würde – die Entwicklung der letzten fünf Jahre Revue passieren lassen, daher will ich das heute nicht noch einmal tun.

Aber gestatten Sie mir eine – wenn Sie so wollen – historische Einordnung: Heute vor genau vier Jahren, am 20. März 2020, wurden von den Bundesländern erstmals flächendeckend Ausgangs-beschränkungen im Rahmen der Pandemiebekämpfung verhängt.

Was folgte, waren erhebliche Einschnitte in das Leben aller Menschen in Deutschland. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben kam teilweise zum Erliegen. Und natürlich folgte daraus auch eine Krise, die wirtschaftliche Schäden hervorgerufen hat, die noch lange nicht bewältigt sind.

Wir können froh sein, als Gesellschaft diese Zeiten hinter uns gelassen zu haben. Und wir sind froh, dass die Wirtschaft diese schwierigen Zeiten überstehen konnte.

Bemerkenswert ist aber im Vergleich zur Schock-Situation vor vier Jahren die dauerhaft anhaltende Schwäche unserer Wirtschaft heute. Und manche Indikatoren wie die Investitionsabsichten unserer Mitgliedsunternehmen sind auf dem gleichen schlechten Niveau wie zur Corona-Zeit.

Während wir in der Corona-Zeit aber die Ursache der Krise sehr leicht benennen konnten, ist es aktuell eine Gemengelage an aufgestauten Problemen und verschleppten oder gar verschlafenen Reformen, die auf die wirtschaftliche Dynamik drückt.

Wir erleben derzeit eine anhaltende Stagnation, die zunehmend zur Dauerkrise wird. Und diese Stagnation sehen wir in nahezu allen Wirtschaftsbranchen.

Die Ursachen sind überall dieselben: Schwierige Rahmenbedingungen und anhaltend hohe Kosten trüben die Erwartungen. Und angesichts des Pessimismus´ hinsichtlich der Entwicklungen in den nächsten Monaten halten sich die Unternehmen mit Investitionen deutlich zurück.

Denn viele Betriebe kämpfen schlicht ums Überleben. Verkehrswesen und Händler können davon ein Lied singen. Auch in der Gastronomie sieht es nicht viel besser aus. Von der Industrie, die sonst meist das Zugpferd unserer Industrieregion ist, einmal ganz zu schweigen.

Sachsen-Anhalts Wirtschaftsleistung schrumpfte im letzten Jahr und sie wird dies – so die einhellige Einschätzung der Experten – auch in diesem Jahr tun.

Kein Wunder, dass dies auch Auswirkungen auf die allgemeine Sichtweise zum Unternehmertum hat. Die Attraktivität des Unternehmerberufes sinkt immer mehr. Allein in den vergangenen zehn Jahren ist die Anzahl der Unternehmensgründungen in Sachsen-Anhalt um 22 Prozent zurückgegangen.

Dabei braucht es schon allein aus demografischer Sicht eine Trendumkehr: Bis zum Jahr 2030 stehen in Sachsen-Anhalt aus Altersgründen über 10.000 Übergaben von Unternehmen und Gesellschaftsanteilen an. Gibt es hier keine Trendwende, wird es bereits 2030 zwanzig Prozent weniger Unternehmen geben als heute. Dies haben wir im ersten Nachfolgereport Sachsen-Anhalt, der unter der Federführung unserer IHK erarbeitet wurde, berechnet.

Dass für „übergabereife“ Unternehmen rechtzeitig ein Nachfolger gefunden werden muss, ist mittlerweile vielen Unternehmern bewusst und nicht zuletzt auch Ergebnis der Arbeit des „Netzwerks Unternehmensnachfolge Sachsen-Anhalt“, in dem sich die vier gewerblichen Kammern im Land zusammengefunden haben.

Die große Resonanz, die die Veranstaltungen und Sprechstage in der jährlich vom Netzwerk veranstalteten „Nachfolgewoche Sachsen-Anhalt“ gefunden hat, zeigt deutlich, dass sowohl Bedarf und Interesse am Thema besteht. Und auch unsere IHK-Initiative „Unternehmer machen Schule“ stößt auf großes Interesse.

Viele Unternehmer sind also durchaus sensibilisiert. Nun braucht es aber auch eine politische Kraftanstrengung für ein wirtschaftsfreundlicheres Klima, damit unser Unternehmensbestand mindestens erhalten bleibt.

Wenn einem Unternehmer unvorhergesehene Dinge passieren, die sein Geschäftsmodell in Frage stellen, dann muss er reagieren. Dann nimmt er eine Neubewertung der Lage vor und steuert um.

Das ist es, was ich auch von der Politik erwarte, aber dort schmerzlich vermisse, meine Damen und Herren. Trotz der Corona- und der Energiekrise, die erhebliche wirtschaftliche Schäden hervorgerufen haben – schätzungsweise eine halbe Billion Euro Wirtschaftsleistung hat Deutschland in den letzten vier Jahren eingebüßt –, arbeitet die Bundesregierung ungerührt mit Zielen und Annahmen aus der Schönwetterzeit.

Uns als IHK bleibt in solchen Situationen nur die Kraft des Arguments. Und diese Kraft haben wir auch zuletzt in einem offenen Brief an den Bundeskanzler eingesetzt, den wir zusammen mit den ostdeutschen IHKn verfasst und veröffentlicht haben.

Wir haben darin auf die sich zuspitzende Dauerkrise hingewiesen, ebenso auf die schwindende Wettbewerbsfähigkeit und auf den dringenden Reformbedarf.

Was wir im Nachgang erlebten, steht leider sinnbildlich für den Zustand des wirtschaftspolitischen Diskurses in Deutschland: Uns erreichte eine überwältigende Zustimmung seitens der Unternehmen und ein dröhnendes Schweigen des Adressaten. Eine Reaktion vom Bundeskanzler haben wir bis heute nicht erhalten.

Statt einer Antwort aus dem Kanzleramt erhielten wir eine an Realitätsverweigerung grenzende Kritik verschiedener gesellschaftlicher Akteure, die meinten, dem Bundeskanzler beispringen und gravierende von uns benannte Probleme schlichtweg abstreiten zu können und zu sollen.

Eine dieser Reaktionen rückte uns sogar wegen der Verwendung des Begriffs „Dauerkrise“ in die rechtsextreme Ecke – unfassbar, aber wahr und leider sehr bezeichnend für unsere Debattenkultur!

Da wird lieber persönlich angegriffen als auf Argumente eingegangen. Leider ist dies nicht nur bei den Akteuren aus dem politischen Raum so. Sondern in letzter Zeit nehmen wir so etwas auch immer häufiger bei den Medien wahr. Da wird die Meinung des Redakteurs über die sachliche Darstellung gestellt. Und Fakten werden dabei ausgeblendet.

So habe ich mir in der letzten Landespressekonferenz mit den Kollegen der Magdeburger IHK einmal erlaubt, darauf hinzuweisen, dass Nachhaltigkeit nicht nur ökologische, sondern zwingend auch soziale und wirtschaftliche Erwägungen beinhalten sollte. Konkret ging es mir um den Umgang mit dem 1,5-Grad-Ziel.

Ich betone: Es ging mir nicht darum, ein Ende der Klimapolitik einzufordern, sondern um eine sachliche Auseinandersetzung mit einer Zielsetzung, die aus wissenschaftlicher Sicht einfach nicht mehr zu halten ist. Dennoch stecken wir als Gesellschaft nicht nur mehr und mehr Ressourcen in die Erreichung dieses nicht erreichbaren Ziels, sondern wir ergreifen zudem Maßnahmen, die uns von der Zielerreichung sogar entfernen.

Denn ich habe mir auch erlaubt anzumerken, dass der Ersatz der zuletzt in Deutschland noch genutzten emissionsfreien Kernkraftwerke durch Gaskraftwerke klimapolitisch fragwürdig sein dürfte. Wir wurden dann prompt in der Presse kritisiert und es wurde uns vorgeworfen, „kurzsichtig“ zu sein. Dass wir die Klimakrise in Kauf nähmen, da wir Alles wirtschaftlichen Interessen unterordnen würden.

Meine Damen und Herren, Unternehmer wissen, dass man langfristige Ziele nur erreicht, wenn man kurzfristig überlebt!

Atomkraft ist eine in ganz Europa als klimaneutral anerkannte Technologie zur Erzeugung von Elektroenergie. Diese durch Gaskraftwerke zu ersetzen, schadet dem Klima! Von den Kosten für Abfindungen der Besitzer der Kernkraftwerke und „Stimulation“ für den Lückenbetrieb der Kraftwerke gar nicht zu reden.

Auch beim Wasserstoff sehe ich mehr Fragen als Antworten. Teuer hergestellten Wasserstoff einfach nur zu verbrennen, ist zumindest unwirtschaftlich. Dabei wird die ohnehin schlechte Energiebilanz noch durch teuren Transport belastet, denn die in Deutschland notwendigen Mengen an Wasserstoff dürften kaum aus Eigenproduktion zu decken sein. Welcher Effekt entsteht für das Weltklima?

In Ermangelung von ausreichenden Mengen grünen Wasserstoffs verwenden wir heute LNG. Ein guter Anteil davon wird zunächst durch Fracking gewonnen. Das Gas wird dann verflüssigt, transportiert und dann wieder in den gasförmigen Zustand zurückversetzt.

Wo bleibt da die Weltklimavernunft im Vergleich zum hiesigen Schiefergas, dessen Gewinnung wir unter unseren Umweltstandards als Brückentechnologie für die nächsten 20 bis 30 Jahre garantieren können?

Meine Damen und Herren, es ist richtig und wichtig, sich gerade beim Klimaschutz ambitionierte Ziele zu setzen. Es ist aber genauso richtig und wichtig, Klimaschutz effektiv und effizient zu betreiben.

Und das bedeutet folgendes: Effektiv werden wir nur sein, wenn alle großen Emittenten mitziehen. Zu denen gehören wir als Deutschland zwar nicht. Aber ich denke durchaus, wir könnten ein gutes Beispiel geben: Das Beispiel einer Industrienation, die es schafft, ihr Energiesystem umzustellen, ohne dabei aber die industrielle Basis abzuschaffen.

Solch ein Beispiel geben wir aktuell aber nicht ab. Wir stellen für viele interessierten Beobachter auf der Welt gerade eher das Gegenbeispiel dar. Wer aus ideologischen Gründen auf heimisches Schiefergas als Brückentechnologie und Kernkraft als Grundlast verzichtet, und dabei in Kauf nimmt, dass die Industrieproduktion dauerhaft herunterfährt, der wird kaum Nachahmer einladen. Denn effizient ist genau diese Vorgehensweise eben auch nicht!

Spricht man solche Dinge an – sei es nun die Dauerkrise oder die wirkungslose und teure Klimapolitik –, dann wird man öffentlich verunglimpft und zum Teil gar diffamiert.

Wenn wir nicht bald zu einem Klima der gesitteten Diskussion und des ehrlichen Umgangs miteinander zurückfinden, dann droht auch das politische System Schaden zu nehmen. Es ist kein Makel, sondern zeugt von Größe, sein Verhalten auch korrigieren zu können. Auch und gerade im politischen Raum ist das wichtig.

So möchte ich mir zum Abschied vielleicht eines wünschen: Dass wir in Deutschland baldmöglichst wieder zu einer offenen, fairen und vor allem verantwortlichen Diskussionskultur zurückkehren. Ich glaube mit unserem Neujahrsempfang haben wir vorgemacht, wie so etwas gehen kann.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass dies heute nun wirklich mein letzter Bericht als Präsident vor der IHK-Vollversammlung ist. Zur letzten Sitzung der alten Vollversammlung am 6. Dezember 2023 hatte ich noch einmal die wichtigsten Themen der Wahlperiode 2018 bis 2023 zusammengefasst. Die neuen Mitglieder der Vollversammlung können dies auch noch einmal im Protokoll dieser Sitzung nachlesen.

Auf einen Punkt möchte ich aber heute noch einmal eingehen, der mir angesichts der vielen neuen Mitglieder in der Vollversammlung sehr wichtig ist – und zwar das IHK-Bauprojekt Umbau der Hauptgeschäftsstelle in Halle (Saale).

Der ein oder andere von Ihnen wird sich vielleicht fragen, warum baut die IHK denn überhaupt in der aktuellen Situation um?

Meine Antwort lautet: aus zahlreichen guten Gründen:

**Aus rechtlichen Gründen:** Zu nennen sind Arbeitssicherheit, Brandschutz, Barrierefreiheit, Denkmalschutz – hier musste die IHK handeln, diese Maßnahmen sind rechtlich zwingend erforderlich, wenn der Bestand – wie bei jeder Modernisierung – wesentlich geändert wird.

**Aus technischen Gründen:** Untersuchungen der Substanz hatten ergeben, dass eine grundhafte Sanierung der Infrastruktur des Leitungssystems zwingend erforderlich ist. Unter anderem waren Rohre derart beschädigt, dass Abwässer unter dem Haus einfach versickerten. Diese Leitungen waren nicht einmal bei der Sanierung in den 1990er Jahren erneuert worden und schädigten die Fundamente (von der möglichen Umweltbelastung ganz zu schweigen)! Auch die Frischwasserleitungen waren teilweise zugesetzt; nicht zuletzt weil über die Jahre inkompatible Materialien verwendet worden sind. Darüber hinaus sind mit Blick auf die Digitalisierung im gesamten Gebäude neue Kabel zu verlegen, damit die IHK zukunftsfähig wird und bleibt. Schließlich ist neben dem Hausanschluss sämtliche Elektroinstallation zu erneuern, um den gestiegenen

Anforderungen – u. a. der Eigenstromerzeugung mittels Photovoltaik und dem Laden von Elektrofahrzeugen – Rechnung tragen zu können.

**Aus ökonomischen Gründen:** Eine grundhafte Sanierung wird in den nächsten Jahren keinesfalls günstiger, sondern sicherlich noch teurer. Und auch Strom und Gas werden gewiss nicht billiger. Teilweise Energieautarkie muss daher das Ziel sein, das wir mit einer leistungsfähigen Photovoltaik auf Dach und Teilen der Fassade sowie der Umstellung auf Fernwärme verfolgen. Hier verbinden sich Tradition und Innovation. Die IHK wird auch hier Zeichen setzen!

**Aus Gründen der Tradition:** Wir wissen, ein Neubau auf der sprichwörtlichen grünen Wiese unter Veräußerung der IHK-Liegenschaft in der Franckestraße wäre insgesamt vielleicht weniger kostenintensiv. Aber indiskutabel, wie ich meine! Denn Erhalt und Fortbestand der Institution IHK werden nicht zuletzt auch durch das Historische Gebäude als Symbol der organisierten Gewerbetreibenden unterstrichen. Insbesondere das unseren Ludwig-Wucherer-Saal beherbergende Gebäude ist gleichsam die verkörperte Seele der regionalen Unternehmerschaft. Wir sind als Erben immer wieder von neuem berufen, den Auftrag unserer Ahnen zeitgemäß weiterzuführen. Es steht in unserer Verantwortung, also Verantwortung der Vollversammlung, dies auch baulich zu erhalten und die IHK zukunftsfähig für die nächsten Jahrzehnte aufzustellen!

Aus genau diesen Gründen und nach einer Untersuchung durch einen Sachverständigen für Gebäudeschäden hat die Vollversammlung der Wahlperiode 2013 bis 2018 im Jahr 2017 entschieden, für die Sanierung und Modernisierung der IHK-Hauptgeschäftsstelle Mittel aus zwei erzielten Sondererträgen bereitzustellen.

In einer europaweiten Ausschreibung im Jahre 2019 hat sich schließlich das Architekturbüro Dietzsch&Weber aus Halle (Saale) durchgesetzt und die Planungsarbeiten aufgenommen. Mein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle unserem Vollversammlungsmitglied, Maik Pinnig, der als Jurymitglied seinen Bausachverstand einfließen lassen und das Projekt von Anbeginn als Mitglied im Arbeitskreis IHK-Financen und -Liegenschaften begleitet hat.

Nach Abschluss der Planungen und Erteilung der Baugenehmigung hat die Vollversammlung dann in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2021 den Bauhaushalt mit 7,7 Mio. € beschlossen.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, dass angesichts der dramatischen Lieferkettenprobleme infolge der Corona-Krise diese Kostenberechnung, die ja auf Erfahrungen und Preisen aus früheren Ausschreibungen fußte, nicht hinreichend belastbar war. Jedoch musste die Vollversammlung aus haushaltsrechtlichen Gründen zur weiteren Umsetzung des Vorhabens den Bauhaushalt zum damaligen Zeitpunkt zwingend aufstellen. Umfangreiche Erkundungen der Bausubstanz ergaben zudem, dass die Bausubstanz zum Teil erheblich schadstoffbelastet und beschädigt war.

Schließlich wurde der Bauhaushalt im Dezember 2022 angesichts dieser neuen Erkenntnisse durch die damalige Vollversammlung auf 9,5 Mio. € aufgestockt. Vorausgegangen waren intensive Diskussionen im Arbeitskreis Finanzen und Liegenschaften sowie im Präsidium.

Dieses Vorgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt, wie bedeutsam die Budgethoheit der Vollversammlung ist! Besonders erfreulich ist; und das möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich betonen, dass dieser Kostenrahmen mithilfe eines strikten Kostenmanagements aller Voraussicht nach auch eingehalten wird.

Gleiches gilt im Wesentlichen für den Zeitplan, der eine Fertigstellung spätestens im 1. Quartal 2025 vorsieht. Und das trotz aller Unwägbarkeiten und immer noch auftretenden kleinen und großen „Überraschungen“ die eine Sanierung im historischen Bestand so mit sich bringt.

An dieser Stelle möchte ich unserem Hauptgeschäftsführer, Herrn Prof. Brockmeier, für die einmal mehr gezeigte Beharrlichkeit und Umsicht ausdrücklich danken. Und natürlich auch Herrn Dr. Reinhardt für seine Stringenz, der als Projektleiter die operative Verantwortung trägt.

Und nicht zuletzt gilt mein Dank unserem bautechnischen Berater, Gösta Ahrens. Ohne ihn – das kann ich mit Gewissheit sagen – wären wir nicht da, wo wir heute kostenseitig, terminlich und vor allem qualitativ stehen! Zudem freue ich mich, dass er seinen Sachverstand nun auch der Vollversammlung als gewähltes Mitglied zur Verfügung stellt.

Schließlich habe ich auch der gesamten Belegschaft der IHK für die immer wieder erwiesene Geduld und Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der IHK zu danken bei all den Erschwernissen, die ein Umbau im laufenden Betrieb so mit sich bringt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!